

Thesen & Zielsetzungen

3. Auflage, September 2006

Gründungsmitglieder des Netzwerkes und Koautoren dieser „Thesen und Zielsetzungen“ sind: Proff. Beat Bürgenmeier, Hanspeter Kriesi und Peter Tschopp, Genf; Prof. René Levy, Lausanne; Hans Jecklin, Unternehmer, Autigny; Proff. Jacques Pasquier-Dorthe und Maurice Villet, Fribourg; Prof. Mario von Cranach, Bern (Präsident); Prof. Franziska Tschan Semmer, Neuchâtel; Proff. Eberhard Ulich und Hans Würgler, Zürich und Prof. Peter Ulrich, St. Gallen.

Anschrift: NSW/RSE, Schläflistrasse 6, 3013 Bern. Tel.: 031 318 5570 Fax: 031 318 5572
E-Mail: buero@nsw-rse.ch; Website: www.nsw-rse.ch; Postcheckkonto: 30-585000-2

VORBEMERKUNG

Weltweit und auch in unserem Lande findet in den letzten Jahren ein Strukturwandel der Wirtschaft statt. Er könnte, durch den zugrunde liegenden Bewusstseinswandel und den möglichen ökonomischen Fortschritt, grosse Chancen für alle in sich tragen, wenn wie ökonomische Interessen auch die globale Verantwortung für Gesellschaft; und Umwelt gleichwertig zur Entfaltung käme. Tatsächlich entwickelt er sich aber zu einer Gefahr. Denn unter den Stichworten Globalisierung, Liberalisierung und Technisierung hat die Entwicklung der Wirtschaft in den letzten Jahren eine Richtung eingeschlagen, welche gewisse Grundzüge unserer sozialen Ordnung, damit unsere demokratische Lebensform und schliesslich unsere europäische Kultur bedroht.

Problematisch sind ideologische Verirrungen, die zu falschem Handeln führen, und Merkmale unserer wirtschaftlichen Grundstruktur wie z.B. unser Bodenrecht, und unser Geldsystem mit dem Zinsprinzip. Wir konzentrieren uns in unserer Arbeit auf das Denken und Handeln, sollten aber längerfristig unsere Aufmerksamkeit auch den Strukturmerkmalen widmen.

Um die weitere gesellschaftliche Entwicklung in gute Bahnen zu lenken und Unheil abzuwenden, halten wir es für notwendig, dass die in der Wirtschaft verantwortlich Handelnden über den kurzfristigen wirtschaftlichen Erfolg hinaus auch an die gesellschaftlichen Folgen ihrer Entscheidungen denken. Wirtschaft, Wissenschaft und Politik müssen zusammenarbeiten, um die Grundlagen dafür zu verbessern und eine breitere Öffentlichkeit für diese Gedanken zu gewinnen. Dieses Ziel ist unabhängig von der gerade gegebenen Lage der Konjunktur. Dafür haben wir uns zusammengeschlossen und ein Netzwerk gebildet. Wir glauben, dass viele Bürger und Bürgerinnen, darunter auch Unternehmer, leitende Manager und Wirtschaftsführer und viele Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen, die Lage ähnlich sehen. Wir wollen sie für uns gewinnen.

Um dem Gedanken zum Durchbruch zu verhelfen, *dass wirtschaftliche Entscheidungen nicht lediglich gewinnorientiert, sondern auch in gesellschaftlicher Verantwortung getroffen und ausgeführt werden müssen*, bedarf es eines langen Einsatzes. Zunächst einmal müssen sich die daran Interessierten auf einen gemeinsamen Ausgangspunkt einigen. Die folgenden Überlegungen können als Basis verstanden werden, auf der wir uns getroffen haben; sie zeigen die Richtung unseres Denkens und Vorgehens. Dazu durften sie allerdings nicht ins Einzelne gehen, denn dort lauern, für wissenschaftliche Fachleute wie für die Verantwortungsträger der Wirtschaft, Konflikte, die nur im Hinblick auf den jeweiligen Fall diskutiert und gelöst werden können.

Deshalb sind diese Gedanken nur einfach und alltagssprachlich, wenngleich zum Teil vielleicht auch zu scharf gefasst worden. Die thesenartigen Formulierungen bringen natürlich viele Verkürzungen mit sich. Detailliertere Handlungspläne müssen von Fall zu Fall gemeinsam erarbeitet werden.

Wir sind nicht die einzige Gruppe, die sich um die Entwicklung sorgt. Es gibt viele verwandte Bestrebungen, zu denen wir Kontakt suchen und zum Teil schon gefunden haben. Und unsere Überlegungen, obwohl hier formuliert, beschränken sich nicht auf die Schweiz: sie entsprechen vielmehr einer kontinental-europäischen Tradition. Wie werden also auch in anderen Ländern Verbündete finden.

Bern, im Januar 2001. Für das NSW / RSE:

Mario von Cranach
Hans Jecklin
Hanspeter Kriesi
René Levy
Jacques Pasquier-Dorthe
Lukas Schwyn
Franziska Tschan Semmer

I. Freiheit, Gleichheit und Solidarität sind die Grundwerte, auf denen unsere Gesellschaft aufbaut. Sie bilden ein System, dessen Gleichgewicht immer wieder den wechselnden Umständen angepasst werden muss, und wirken in die Wirtschaft als Teil der Gesellschaft hinein.

1. Die individuelle und korporative Freiheit der Gesellschaftsmitglieder ist ein grundlegendes Merkmal unserer Gesellschaftsordnung. Sie muss aber ihre jeweiligen Grenzen in der Freiheit der Anderen finden.

2. Unsere Demokratie kann ohne ein Minimum von Gleichheit nicht funktionieren. Extreme wirtschaftliche Ungleichheit gefährdet ihre Existenz.

3. Solidarität, als gegenseitige Unterstützung zur Erlangung von Chancen, Rechten und Ressourcen vermindert Ungleichheiten und ist in dieser Funktion unentbehrlich.

4. Aus den Grundwerten der Freiheit und Solidarität ergeben sich die Forderungen nach Selbstverantwortung und gesellschaftlicher Verantwortung. Diese müssen ebenfalls im Gleichgewicht stehen.

II. Wirtschaftliches Handeln und seine Teilprozesse werden durch eine Vielfalt von Akteuren gestaltet.

5. Die folgenden Überlegungen beziehen sich auf *wirtschaftliches* (wie auch *wirtschaftspolitisches*) *Handeln*. Handeln setzt immer *Akteure* voraus. Wir gehen davon aus, dass sowohl einzelne Personen (z.B. Unternehmer, leitende Manager, Unternehmensberater, Wirtschaftsführer, aber auch Arbeitnehmer und Konsumenten) wie auch wirtschaftlich tätige soziale Systeme (Unternehmen verschiedener Grösse, Wirtschaftsverbände, nationale und internationale Organisationen sowie staatliche Behörden) Akteure wirtschaftlichen Handelns sind. Die Wirtschafts- und Sozialwissenschaften und ihre VertreterInnen üben wichtige Einflüsse auf das wirtschaftliche Handeln aus und sind in diesem Sinne ebenfalls Akteure. Sie alle sind im Folgenden prinzipiell angesprochen, wenn gleich einzelne Thesen sich jeweils mehr auf bestimmte Kategorien von Akteuren, vor allem die grossen, beziehen.

6. Wirtschaftliche Akteure arbeiten in Beziehungsnetzen von Partnern, Kunden und unbeteiligten Beobachtern. In anderen Beziehungen nehmen sie selbst diese Rollen ein. Diese Beziehungsnetze ermöglichen nicht nur selbst wirtschaftliches Handeln, sondern generieren und vermitteln auch moralische Stan-

dards und Wertvorstellungen und stabilisieren die Systeme so von innen. Es gibt lokale, regionale, nationale und globale Beziehungsnetze. Wirtschaftliches Handeln beruht ausserdem meist auf einer materiellen Basis, den Produktionsmitteln, welche die Akteure örtlich und damit sozial einbinden.

7. Wie alles Handeln lässt sich auch das wirtschaftliche Handeln in sequentiell geordnete Teilprozesse gliedern: *Sinnorientierte Ausrichtung des Handelns, Situationsorientierung, Wahl konkreter Ziele, Planungsprozesse (inkl. Entscheidungen), die Ausführung und die damit verbundene Kontrolle und schliesslich die ständige Bewertung der Handlungsergebnisse*. Alle diese Prozesse werden u.a. auch durch Wert- und Normvorstellungen reguliert. Für sie alle treffen die folgenden Überlegungen zu.

III. Sozial verantwortliches wirtschaftliches Handeln dient den Grundbedürfnissen und -rechten der Gesellschaft und der Betroffenen und vermeidet es, sie zu verletzen oder zu schädigen.

8. Akteure wirtschaftlichen Handelns können versuchen, ihre Handlungen so zu gestalten, dass andere Mitglieder der Gesellschaft in ihren Grundbedürfnissen und -rechten nicht verletzt werden und, mehr noch, die Gesellschaft als Ganze gefördert wird und keinen Schaden erleidet. Dies setzt entsprechende Erwägungen schon in der Planung und Entscheidung ebenso wie in der Durchführung voraus: das unmittelbare eigene Interesse kann dann nicht die einzige Richtschnur sein. Ein so gestaltetes Handeln bezeichnen wir als *sozial verantwortliches Handeln*.

Nach seinen Folgen für die Gesellschaft unterscheiden wir *gesellschaftsdienliches, gesellschaftsverträgliches* und *gesellschaftsschädigendes Handeln*.

IV. Staatliche Institutionen können heute das Handeln grosser wirtschaftlicher Akteure nicht mehr ausreichend kontrollieren.

9. Unser gesellschaftliches und individuelles Leben, die Prozesse und die Entwicklung unserer Gesellschaft werden im Wesentlichen durch zwei Arten von mit grosser Macht ausgestatteten Systemen bestimmt: die *politischen* und die *wirtschaftlichen Systeme*. Beide können Akteure wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Handelns sein. Beide sind keineswegs einheitlich, sondern hoch komplex organisiert und bestehen aus sich z.T. widerstreitenden Untersystemen mit verschiedenen Interessen. Beide sind auch, bei grundsätzlich verschiedener Aufgabenstellung, eng miteinander verflochten. Nach einer nur noch beschränkt gültigen Auffassung sollten die Wirtschaftssysteme die materiellen Mittel erwirtschaften, die politischen Systeme deren Verteilung bestimmen oder überwachen. (In der "sozialen Marktwirtschaft" wurde die Verteilung im Prinzip

durch die staatlichen Systeme unter Berücksichtigung der Interessen des Kapitals (welches über die Produktionsmittel verfügt) und der Arbeit (den Gewerkschaften) bestimmt oder wenigstens stark beeinflusst; praktisch wurden Kapital und Arbeit oft in einem Prozess des Aushandelns in das Gesamtsystem eingebunden).

Als Mitglieder der Gesellschaft sind wir *in vielfältiger Weise* von den Entwicklungen der Wirtschaftssysteme betroffen: als Bürger und Steuerzahler, als Einwohner, als Eltern, als Arbeitgeber und Unternehmer oder als Arbeitnehmer oder deren Verwandte, als Konkurrenten, Eigentümer oder Kunden. Von der weiteren Entwicklung der Gesellschaft erhoffen wir uns, über unser persönliches Wohlbefinden hinaus, zunehmende Menschlichkeit. Andererseits wollen wir die Regression auf primitivere Zustände unter allen Umständen verhindern.

10. In der Auseinandersetzung mit den politischen Systemen werden wichtige und einflussreiche wirtschaftliche Akteure, vor allem jene, die sich international organisieren können, zu den stärkeren (man vergleiche etwa die finanziellen Kapazitäten und Defizite der Eidgenossenschaft und der Kantone mit den durch die letzten Fusionen der Grossbanken freigesetzten Beträgen oder deren Verlusten; oder den Einfluss der Politik und der Wirtschaft auf den Arbeitsmarkt). Diese grossen wirtschaftlichen Akteure sind vor allem Gegenstand der folgenden Überlegungen.

Zur Zeit kämpfen Akteure aus den Wirtschaftssystemen darum, sich der politischen Kontrolle weiter zu entziehen. Andererseits versuchen sie natürlich auch, öffentliche Mittel und Garantien zu erhalten, wo ihnen das nützlich ist. (So werden Steuergelder in grossem Ausmass zur Sanierung maroder Wirtschaftszweige eingesetzt, um wirtschaftliche Katastrophen zu verhindern, eine neue Variante des alten liberalen Bestrebens zur „Privatisierung der Gewinne und Sozialisierung der Verluste“, und der Wirtschaft wird durch Garantien ein Teil des Exportrisikos abgenommen). Ein grosser Teil der Staatsausgaben (für Gesundheit, Bildung, Sicherheit und Justiz) könnte wohl überhaupt als „Transaktionskosten“ betrachtet werden, weil damit Randbedingungen und Ressourcen sichergestellt werden, die direkt dem Ablauf der Wirtschaftsprozesse dienen.

11. Die Wirtschaftssysteme üben durch ihre Vertreter einen gewaltigen Einfluss auf die Struktur der ganzen Gesellschaft wie auf das Leben jedes Einzelnen, auch Unbeteiligten aus und zwingen ihnen, wo dies ökonomischen Nutzen verspricht, Handlungen und Lebensumstände auf. (So sind die Konsumenten in manchen Ländern nun mehr oder weniger gezwungen, Genveränderte Produkte zu essen, auch wenn sie das nicht wollen. Oder: wirtschaftliche Entscheidungen (z.B. Betriebsschliessungen einzelner Firmen) verändern das Leben ganzer Regionen. Dieser Einfluss umfasst z.T. auch Ideologien und Werthaltungen, z.B. die Über-

tragung der *Ideologie des "freien" Marktes* (zu diesem Begriff siehe unten IV.) auf nicht-wirtschaftliche Lebensbereiche; oder die Übernahme von Handlungsstrategien und Wertmaximen, welche aus der Globalisierung stammen, durch lokale, regionale und nationale Unternehmungen.

12. Es kann kein soziales Leben geben, ohne dass Macht ausgeübt wird. In demokratischen Gesellschaften ist die *Macht auf verschiedene Subsysteme verteilt und wird durch Kontrolle beschränkt*. Externe Kontrolle geschieht durch *Überwachung von aussen*, sowohl durch formale gesellschaftliche Strukturen (Behörden) wie auch informell in den Beziehungsnetzwerken. *Interne Kontrolle* geschieht durch *Normen und Wertvorstellungen*, die in den Akteuren, einzelnen Personen oder sozialen Systemen, selbst wirksam sind. Durch *Internalisierung* werden diese quasi zu *Funktionsprinzipien des Systems*. Interne Kontrolle ist Selbstkontrolle.

In der *Demokratie* geschieht die Machtkontrolle durch Verteilung von Macht bzw. eine möglichst breite Streuung von Kontrollrechten. Sie setzt nicht nur gleiche Bürgerrechte, sondern auch ein Mindestmass an Gleichheit des materiellen Vermögens, der Bildung, der Mitwirkungsmöglichkeiten etc. möglichst aller Mitglieder der Gesellschaft voraus, die ihre Bürgerrechte sonst nicht wahrnehmen können. Darüber hinaus beruht sie auf der Zustimmung der Beteiligten zu dieser Lebensform und tendiert zur Entwicklung eines grundsätzlichen Einverständnisses über die Menschenrechte, die im Prinzip allen zukommen.

13. Die *externe Kontrolle der einflussreichsten Wirtschaftssysteme* ist, abgesehen von den Vorschriften des Strafrechts und des Kartellrechts, erheblich schwieriger geworden. Die seit langem fortschreitende, aber erst jetzt in ihren Auswirkungen voll erkennbare Globalisierung hat zu einer Machtverschiebung von den national verfassten politischen Systemen hin zu den multinational agierenden Konzernen geführt. Externe Kontrolle wird zudem durch die zur Zeit dominierende liberalistische Ideologie heftig abgelehnt; dies, obwohl die Erfahrung zu zeigen scheint, dass die Märkte bei Abwesenheit von Kontrollmechanismen nicht zum Gleichgewicht, sondern zur Monopolbildung tendieren. Wirtschaftsfachleute verstehen unter "externer Kontrolle" oft überhaupt nur den *Wettbewerb* mit dem einzigen Kriterium des wirtschaftlichen Erfolges. Die Ergebnisse des Wettbewerbs sollen, dies die Rechtfertigung, allen zugute kommen.

14. Eine *interne Kontrolle der grossen Akteure* scheint, abgesehen von einigen Grundregeln zivilisierten Verhaltens, nicht mehr durchgängig zu funktionieren. Wichtige Exponenten des Systems handeln bisweilen, als wären soziale Werte für sie weitgehend unverbindlich, und das entspricht der publizierten Auffassung einflussreicher Wissenschaftler. Gradmesser richtigen wirtschaftlichen Handelns sind, so wird behauptet, vor allem der Erfolg im Konkurrenzkampf

und der Kapitalertrag. (Beispiel: in den von den Akteuren der grossen Fusionen in der Schweizer Wirtschaft herausgegebenen Erklärungen fehlen weitgehend ethische oder moralische Argumente). Der Druck der grossen Verwalter des Aktienkapitals lässt Unternehmern und leitenden Managern wenig Spielraum zu gesellschaftsdienlichem und -verträglichem Handeln. Die Anonymität des Kapitalbesitzes befreit wie von sozialer Kontrolle auch von Gewissenskonflikten. Die grossen Unternehmen laufen damit Gefahr, zu parasitären Systemen zu werden, welche die Gesellschaft mehr gefährden als ihr dienen.

15. Etwas anders steht es um die mittleren und kleinen Unternehmen, in denen die externe Kontrolle durch die Norm- und Wertvorstellungen lokaler und regionaler Beziehungsnetze sowie die interne Kontrolle aufgrund von persönlichen Beziehungen zwischen den Beteiligten noch weitgehend wirksam sind. (Ein Handwerksmeister, der seine Mitarbeiter entlässt, muss ihnen in die Augen blicken und im Dorf wird darüber geurteilt.) Familienunternehmen scheint es leichter zu fallen, sozialverträglich zu handeln.

V. Die *Ideologie des freien Marktes* als einzige handlungsleitende Vorstellung schädigt die Gesellschaft.

16. Marktwirtschaft ist unter den Bedingungen der Demokratie die effizienteste Form der Organisation wirtschaftlichen Austausches; sie muss jedoch so gestaltet werden, dass grundlegende gesellschaftliche Erfordernisse berücksichtigt werden. Wettbewerb kann die Wirtschaftssubjekte leistungsfähiger machen und daher erheblich zur Kraftentfaltung der Wirtschaft beitragen. In diesem Sinne ist er unentbehrlich. Als eine Form des Kampfes enthält der Wettbewerb aber keine bindenden Kräfte. Ohne die Regulation durch die Gesellschaft schädigt oder zerstört er die Unterlegenen und untergräbt den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

17. Heute wird von vielen Seiten die Realisierung eines *vollkommenen, möglichst freien Marktes* als wichtigste Instanz einer demokratischen und zugleich wohlhabenden Gesellschaft gefordert. Vollkommen soll der Markt sein, wenn er die Merkmale der Transparenz und Chancengleichheit aufweist, "frei" impliziert nicht nur Freiheit von regulativen Eingriffen von staatlicher und anderer Seite, sondern auch von ethischen Regulativen. Die einzelnen Wirtschaftssubjekte sollen sich *rational im Sinne einer strikten Gewinnorientierung* verhalten. Der Nutzen für die Gesellschaft, z.B. Arbeit und allgemeiner Wohlstand, sollen sich dann aus dem Wettbewerb im freien Markt ergeben: die (im Idealfall perfekte) Rationalität jedes und aller Einzelnen bringt quasi von selbst das Gemeinwohl hervor. In Margarets Thatchers spitzer Formulierung heisst dies: "Es gibt keine Gesellschaft, sondern nur Individuen."

Dies ist ein Missverständnis der Gedanken des Adam Smith, dessen "unsichtbare Hand" auf der Vorstellung beruhte, dass das Gemeinwohl nicht nur des individuellen rationalen Handelns bedarf, sondern auch einer *unsichtbaren Moral* unterworfen ist. Wirtschaftsethische Überlegungen sollten in diesem Sinn am Anfang stehen und integrierter Bestandteil wirtschaftlichen Handelns sein.

Diese Auffassung ist in dem Sinne missverstanden und verfälscht worden, dass wirtschaftsethische, auf gesellschaftsdienliche Wirkungen gerichtete Überlegungen aus dem wirtschaftlichen Handeln grundsätzlich ausgeschlossen sind; übrig geblieben ist der nackte Egoismus, der nun als moralisch gerechtfertigt erscheint. Und diese Auffassung ist zu einem *normativen Ideal, einer Handlungsanweisung* geworden. Gesellschaftsschädigendes individuelles Handeln kann also als ethisch gerechtfertigt erscheinen und wird zudem mit (vermeintlich unausweichlichen) Sachzwängen begründet.

Ignoriert wird dabei das Ausmass des Unglücks, das die auf dieser Auffassung beruhende Praxis (freilich im Zusammenwirken mit anderen Faktoren) in Form von Verelendung, sozialer Unruhe, Revolution und Krieg in den letzten 200 Jahren über weite Teile der Welt gebracht hat. Man übersieht (dies als sekundäres Argument), dass selbst wenn das Grundübel prinzipieller Amoralität nicht gegeben wäre, die Voraussetzungen des vollkommenen freien Marktes eine Fiktion darstellen, die der Wirklichkeit nicht entsprechen kann: Die vielen verschiedenen existierenden Märkte sind weder transparent (man denke etwa an die Angebote in der Telekommunikation oder im Versicherungswesen) noch bieten sie gleiche Chancen (die Kreditgestaltung der Banken begünstigt starke Kunden und benachteiligt schwache), noch stehen sie allen offen, noch verhalten sich die Marktteilnehmer rational (man denke hier an die manchen Fusionen zugrunde liegenden Motive und das Geschehen an den Börsen. Auch die Werbung zielt weitgehend auf irrationale Motive ab.) Und die politischen Systeme können sich der Eingriffe nicht enthalten: überall gibt es wirtschaftliche Naturschutzgebiete, Risikoabsicherungen und staatliche Rettungsmassnahmen.

18. Wie schon gesagt, gibt es viele verschiedene Märkte, und wirtschaftspolitische Massnahmen und wirtschaftliche Handlungen wirken sich auf verschiedenen Märkten verschieden aus. Ein Vorteil des Wettbewerbs im freien Warenmarkt kann z.B. darin liegen, dass die Produkte zum günstigsten Preis angeboten werden. Das ist tatsächlich oft der Fall und hat zu unserem grossen, wenn auch nicht gleichmässig verteilten Wohlstand entscheidend beigetragen. Diese Vorteile werden aber stark relativiert, wenn als Folge Nachteile auf dem Arbeitsmarkt eintreten: wenn die Lebensqualität durch Arbeitsdruck, Unsicherheit der Arbeitsplätze, Machtlosigkeit gegenüber wirtschaftlichen Akteuren oder Umweltschäden immer stärker leidet. Was nützen uns sinkende Warenpreise, wenn unsere Kinder in Angst leben und unsere Nachbarn arbeitslos werden? Und wie kann vom steigenden Wohlstand profitieren, wer keine Arbeit hat? Die

verschiedenen Auswirkungen des Wettbewerbs in den Märkten müssen also gegeneinander abgewogen werden. Und es gibt Wirtschaftsbereiche, in denen der Wettbewerb eingeschränkt oder seine Folgen kompensiert werden müssen. Die Landwirtschaft im Alpenraum kann nicht gegen die im flachen Land konkurrieren: sollen wir die Alpen veröden lassen?

Alle diese Erwägungen sprechen dafür, dass die Freiheit des Marktes ihre Begrenzung in wirtschaftsethischen und politischen Normen finden muss und unter Abwägung aller Folgen gezielt gefördert, aber auch kontrolliert werden sollte: *wir brauchen ein gewisses Mass an Ordnungspolitik*. Unnötige Regeln müssen hingegen nicht erhalten bleiben: wir befürworten Deregulierung im Sinne von Entrümpelung, nicht aber mit dem Ziel des absoluten Laissez-faire.

19. Zur Rechtfertigung gesellschaftsschädigender Massnahmen führen wirtschaftliche Akteure immer wieder den globalen Wettbewerb und die Sicherung langfristiger Wettbewerbschancen an, unentrinnbare Sachzwänge, die den Handlungsspielraum der an der Wirtschaft Teilnehmenden einengen und keinen Raum für Handlungen lassen, die nicht am wirtschaftlichen Erfolg orientiert sind. Dass derartige Sachzwänge in vielen Fällen bestehen, ist unbestreitbar. Oft ist die Anpassung an die vermeintlichen Bedingungen des globalen Marktes aber auch eine Art des *vorausseilenden Gehorsams*. So erscheint das Argument der Sicherung langfristiger Chancen angesichts der generellen Unsicherheit langfristiger Prognosen und der Vernachlässigung anderer langfristiger Investitionen (etwa in personelle Ressourcen) oft als Alibi.

Vor allem aber muss man feststellen, dass der globale Wettbewerb keine unbeeinflussbare Gegebenheit, quasi eine gesetzmässige Naturerscheinung ist, mag er auch dem einzelnen Betrieb gegenüber als unausweichliche Existenzbedingung erscheinen. *Markt und Wettbewerb sind Produkte menschlichen Handelns im Rahmen der von Menschen geschaffenen Bedingungen* genauso wie eine Panik, ein Börsencrash, internationales Wettrüsten oder die "Globalisierung" selbst.

Für viele wirtschaftliche Akteure ist die *Idee des freien Marktes* zu einem mit positiven Wertvorstellungen und normativen Handlungsanweisungen verbundenen, nicht mehr zu hinterfragenden Glauben, einer eigentlichen *Ideologie* geworden. (In diesem Sinne sprechen wir hier von einer "Ideologie des freien Marktes".) Ihr Kernsatz könnte etwa so lauten: " Marktbeherrschung ist das höchste Ziel wirtschaftlichen Handelns, dem sich alle übrigen handlungsleitenden Vorstellungen, alle Werte und Normen unterzuordnen haben." Marktbeherrschung soll vor allem durch Wettbewerbsgesinnung erreicht werden; der Beitrag der aus einer traditionellen Wirtschaftswelt entstandenen Arbeitsgesinnung und -motivation zum heute erreichten Entwicklungsstand wird dabei oft übersehen. Alle klassischen Merkmale von Ideologien - doktrinäre Formulierungen, dogmatische Verslossenheit, Bindung an partikuläre Interessenlagen und soziale Standorte - sind hier gegeben. Es ist diese *Entartung des Marktprinzips zur*

Ideologie, die wir bekämpfen. Hingegen sollte jede im Rahmen wirtschaftsethischer Prinzipien vertretbare Handlungsinitiative gefördert werden.

VI. Unzureichende gesellschaftsdienliche Wertvorstellungen wirtschaftlicher Akteure gefährden unsere Gesellschaft und Kultur.

20. Viele und vor allem mächtige wirtschaftliche Akteure scheinen ihr Handeln immer weniger an gesellschaftsdienlichen Wertvorstellungen auszurichten; das könnte zu einer Gefahr für unsere Gemeinwesen und unsere Kultur werden. Drohende Entwicklungen wie die Vernichtung des Mittelstandes und die Entstehung einer verarmten Unterschicht, die Ausgrenzung der intellektuell weniger Begabten und der Älteren, die Beschränkung der Ausbildungsmöglichkeiten für Jugendliche führen mit grosser Wahrscheinlichkeit zur Desintegration der Gesellschaft. Damit ist auch die Basis unserer demokratischen Gesellschaftsordnung gefährdet. Könnte es sein, dass einige Wirtschaftswissenschaftler das gar nicht so schlimm finden? Jedenfalls gibt es zu denken, wenn ein hoch angesehener Nationalökonom in einem Interview feststellt: "Man soll aus der Demokratie keinen Fetisch machen". - Symbol für gesellschaftsschädigendes Handeln ist im öffentlichen Bewusstsein die Vernichtung von Arbeitsplätzen geworden. Dies ist aber tatsächlich nur ein gegenwärtig drängendes wichtiges Teilproblem; wird das Problem der Arbeitslosigkeit vorübergehend entschärft, werden andere Probleme bleiben und neue auftauchen.

Eine Gefährdung unserer Kultur ist schliesslich auch die im wirtschaftlichen Handeln um sich greifende Dschungel-Mentalität, gekennzeichnet durch Rücksichtslosigkeit, Druck und zunehmenden Stress, die sich auf andere Lebensbereiche auszubreiten und die gesellschaftlichen Wertvorstellungen zu verändern droht. In manchen Managerausbildungen wird diese Mentalität geradezu als Tugend gelehrt. Auf der Basis der gesellschaftlichen Desintegration könnte daraus ein *Gewaltklima* entstehen, wie es in den USA und in den südamerikanischen Staaten existiert.

21. Heute sind sehr viele denkende Menschen aus allen gesellschaftlichen Schichten und Subkulturen Europas (einschliesslich der Schweiz), ja man kann fast sagen: "ist die Öffentlichkeit" nachdenklich, unruhig und besorgt geworden. Die Menschen merken, dass es nicht in Ordnung ist, wenn

- *die Arbeitslosigkeit in Zeiten wachsender Wirtschaft weiter wächst.*
- *der Shareholder-Value durch Entlassungen gesteigert wird.*
- *durch Niedriglohnpolitik eine neue Klasse der "arbeitenden Armen" geschaffen wird.*
- *grosse Wirtschaftsunternehmen bei wachsenden Gewinnen immer weniger Steuern zahlen.*
- *die Wirtschaft nach besser qualifizierten Mitarbeitern ruft und gleichzeitig die Ausbildungsmöglichkeiten reduziert.*
- *die Ausbildungsansprüche so gesteigert werden, dass die in theoretischer Hinsicht weniger Begabten chancenlos werden.*

- *Ältere (schon ab 50!) auf dem Arbeitsmarkt je nach Konjunkturlage wenig Chancen haben, während das Rentenalter heraufgesetzt wird*
- *der Arbeitsdruck zunimmt und die Umgangsformen in Betrieben unmenschlicher werden.*

Man soll diese Unruhe nicht unterschätzen; sie ist sehr weit verbreitet.

22. Beunruhigung und Angst sind aber wahrscheinlich nur der harmlose Anfang. Unsere europäische Bevölkerung ist, anders als in anderen Kontinenten, gebildet und keineswegs fatalistisch; und sie ist unter geeigneten Umständen auch anfällig für radikale Ideen. Die Menschen werden sich eine Weiterentwicklung im bisherigen Stil nicht ewig gefallen lassen. Man kann auch ohne Marxismus Revolution machen. Wir befürchten, dass wir langfristig Unruhen entgegengehen könnten, die, wenn es gut geht, nur Opfer aller Art fordern und, wenn es schlecht geht, unsere Gesellschaftsform zerstören. Konkret: anstelle der Arbeitslosen, die heute still leiden oder (in manchen Ländern) auf die Strasse gehen, könnten später andere mit Bomben und Maschinenpistolen kommen; sie sind heute vielleicht noch im Kindergarten. - Dieses Szenario erscheint für einige europäische Länder nicht unwahrscheinlich. Ein anderes Szenario ist das (ebenfalls mit Gewalt verbundene) Aufkommen eines rechtsgerichteten ethnozentrischen Isolationismus, ein drittes die Zunahme der (mit Demokratie und Menschenrechten unvereinbaren) Tendenz zur Repression gegenüber den wirtschaftlich und sozial Ausgegrenzten.

23. Dass wirtschaftliche Akteure sich mit der Untergrabung der demokratischen Lebensordnung vielleicht selbst das eigene Grab schaufeln, scheinen sie oft gar nicht wahrzunehmen. Am Beginn der Umweltdebatte in den 60er Jahren hat man sagen hören: "Ich kann auch ohne Wald Auto fahren". Heute scheinen manche Kapitalverwalter zu denken: "Ich kann auch ohne Gesellschaft Gewinn erzielen"; andere Verantwortliche spüren, dass etwas nicht stimmt, scheinen aber wenig darüber nachzudenken, geschweige denn etwas dagegen zu tun. Im Drang der Alltagsgeschäfte bleibt wenig Zeit, etwas weiter zu blicken, wie denn überhaupt Kurzsichtigkeit ein Kennzeichen modernen Wirtschaftens (wie auch Politisierens) zu sein scheint. Wenn der Quartalsabschluss zum Mass des Erfolges wird, muss ein Jahrzehnt wohl schon als Einheit der astronomischen Zeitrechnung erscheinen.

24. Was innerhalb unseres eigenen Systems droht, geschah bis vor kurzem zwischen der "grossen Triade" (USA, EU und Japan + "Tigerstaaten") einerseits und den unterentwickelten Ländern andererseits; letztere wurden zum Teil abgekoppelt und ausgegrenzt (Afrika). Später hat sich, *ohne dass die betroffenen wirtschaftlichen Akteure es vorhersahen*, die Szene dramatisch geändert; die ostasiatische, die russische und die brasilianische Krise bedrohten die Weltwirtschaft. Mögen die Verhältnisse auch in jedem Lande etwas anders gewesen sein:

mitverantwortlich für diese Katastrophen ist jedenfalls die Koppelung von zwei Faktoren: ein an den Lehren des neoklassischen Liberalismus orientierter Internationaler Währungsfonds, welcher die freie Marktwirtschaft ohne Rücksicht auf gegebene Verhältnisse und soziale Folgen quasi mit der Brechstange einführen wollte, und auf der anderen Seite ein globaler Kapitalmarkt, der das Kapital nach kurzfristigen Gewinn Gesichtspunkten frei um die Welt zirkulieren lässt, wie einst die Freibeuter ihre Schiffe auf den Ozeanen.

25. Eine der ganz grossen Herausforderungen der Zukunft (neben dem ökologischen Problem) liegt darin, dass die im Zusammenhang mit der elektronischen Revolution stattfindende, zunehmende Technisierung der Produktion die menschliche Arbeitskraft in Zukunft immer entbehrlicher macht. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, unsere gesellschaftlichen Strukturen und Prozesse anzupassen, und zugleich die Chance, sie in einem guten Sinne zu verändern. Denn weniger Arbeit zur Erfüllung der Bedürfnisse kann ein Geschenk sein, das das Leben menschlicher macht und Kräfte für gemeinschaftsfördernde Aufgaben freisetzt - Tätigkeiten, die dann natürlich auch finanziell entgolten werden müssen.

Damit stellt sich eine gewaltige Aufgabe; wenngleich diese Prozesse nur begrenzt planbar sein dürften, so arbeiten doch viele Vordenker bereits an Entwürfen. Es wird aller guten Fähigkeiten, die in unserer Gesellschaft vorhanden sind, bedürfen, um diese Entwicklungsaufgabe zu lösen. Hoffentlich wird dazu genügend Zeit zur Verfügung stehen: friedliche gesellschaftliche Entwicklungsprozesse ziehen sich aus immanenten Gründen meist über Generationen hin, kurzfristige Veränderungen aber sind meist zugleich Katastrophen. Mit Sicherheit erfordert diese Umwälzung die Mitwirkung aller gesellschaftlichen Kräfte, vor allem die der Wirtschaft. Es ist gefährlich, dass manche wirtschaftlichen Akteure in dieser Entwicklung vorläufig vor allem eine Chance zu sehen scheinen, noch grössere Gewinne zu erzielen.

26. Es gibt uns Hoffnung, dass sich viele wirtschaftliche Akteure, Wirtschaftsführer, Unternehmer und Manager ihrer Verantwortung bewusst sind, sich Sorgen machen, über mögliche Lösungen nachdenken oder bereits aktiv an der Lösung der Probleme arbeiten. Auch in der Politik und den Gewerkschaften haben viele Verantwortliche die Gefahren erkannt und arbeiten an ihrer Bewältigung.

VII. Wirtschaftswissenschaftliche Theorien werden zu Bausteinen einer gesellschaftsschädigenden Ideologie.

27. *Menschen und ihre sozialen Systeme brauchen für ihr Handeln letzten Endes immer Rechtfertigungen*, um mit sich selbst und der Umwelt ins Reine zu kommen. So auch manche wirtschaftlichen Akteure: sie rechtfertigen ihr unsoziales Handeln nicht nur mit der *fortschreitenden Technisierung* vieler Arbeits-

bereiche, sondern auch mit Gedanken, die sie der neoklassischen liberalen Wirtschaftstheorie, oft auch in verzerrter Form, entnommen haben. Dahinter stehen die drei ideologischen Komplexe *Individualismus*, *radikaler Wirtschaftsliberalismus* (*Verkürzung der Bürgerfreiheit auf Marktfreiheit*) und *Globalisierung* (*Glaube an den heilbringenden freien Weltmarkt*). Wie im Abschnitt IV ausgeführt, sind diese Vorstellungen *für sich allein und ohne die nötigen Kompensationen* gesellschaftsschädigend und im Zusammenhang mit der Technisierung (Stichwort: "Informationsgesellschaft") geradezu gefährlich.

28. Diese Ideologie beruht aber auch auf den Behauptungen einzelner, oft sehr namhafter Wissenschaftler (man denke an Milton Friedmans berühmte Feststellung: "The social responsibility of business is to increase its profits", auf die noch einprägsamere Formel gebracht: "The business of business is business.") Radikaler Wirtschaftsliberalismus und politischer Liberalismus sind nicht gleichzusetzen. Der politische Liberalismus war eine der Grundlagen der modernen Demokratie und des Gedankens der Menschenrechte. Adam Smith's Lehre war vor dem Hintergrund der merkantilistischen Praxis seiner Zeit relativ richtig, Smith setzte zudem den moralisch handelnden Unternehmer voraus. Ein gemäßigter Wirtschaftsliberalismus, wie er in Kontinentaleuropa entstand, schloss humanistische Gedanken und Zielsetzungen mit ein, ebenso die Vorstellung, dass man auf die Ordnungsfunktion des Staates nicht verzichten könne (Ordo-Liberalismus). Namhafte NationalökonomInnen (Eucken, Röpke und viele andere) hielten es für selbstverständlich, dass liberale Grundsätze nur im Rahmen gesellschaftsbezogener Wertvorstellungen positive Wirkungen entfalten könnten. Diese Einsicht aber fehlt dem (ursprünglich mehr in den angelsächsischen Ländern beheimateten) Wirtschaftsliberalismus der neo-klassischen Schule (Chicago-Schule, Reaganismus, Thatcherismus), der nun auch bei uns Fuss gefasst hat. Radikaler Wirtschaftsliberalismus wurde auch nur selten in Reinkultur praktiziert. Heute aber werden die Gedanken des neoklassischen Liberalismus, manchmal auch in extremer Form und ohne Hinweis auf Voraussetzungen und Beschränkungen, an Hochschulen gelehrt, ihre Protagonisten erhalten Nobelpreise, und wer dagegen Stellung nimmt, läuft Gefahr, im sozialen System der Wirtschaftswissenschaften zum Aussenseiter zu werden. Und weil diese Lehre in den schwierigen Auseinandersetzungen der Globalisierung einen Weg weist und nicht nur Gewinn bringt, sondern auch gewinnbringendes Handeln rechtfertigt, ist sie zu einem *Glaubenssatz* von Managern und auch Politikern geworden.

29. Weil die bedrohlichen Entwicklungen in der Wirtschaft also einen ihrer Ausgangspunkte in der Wissenschaft und an den Hochschulen haben, ist es erforderlich, die Auseinandersetzung um diese Ideen auch an den Hochschulen zu führen. Wir halten es für notwendig, die WirtschaftswissenschaftlerInnen dazu zu bewegen, ethische Probleme und Wertvorstellungen in ihren Theorien, in der Beratung und in der Lehre grundsätzlich mit einzubeziehen, damit dem radika-

len Wirtschaftsliberalismus der ideologische Boden entzogen wird. Dazu müssten sie den (auf einer Selbsttäuschung beruhenden) Gedanken aufgeben, wie Naturwissenschaftler lediglich vorgegebene Gesetzmässigkeiten zu erforschen. Das stimmt bei wichtigen Sachverhalten im sozialen Bereich immer nur zum Teil: *sozialwissenschaftliche Erkenntnisse wirken* (im Gegensatz zu naturwissenschaftlichen- man beachte aber Heisenbergs "Unschärfe-Relation") *auf ihren Gegenstand zurück und können sich so selbst wahr machen*. Wenn man Menschen davon überzeugt, dass es quasi naturgesetzliche Regeln des Marktes gibt, werden sie sich nach diesen vermeintlichen Gesetzen verhalten, und dann wird der Markt auch so funktionieren. Unser wichtigstes Postulat aber ist es, *Marktwirtschaft nicht nur nach ihrer eigenen Funktionslogik sondern als gesellschaftliche Veranstaltung zu betrachten, die nach ethischen Kriterien gesellschaftsverträglich, mehr noch gesellschaftsdienlich zu gestalten ist*.

VIII. Wir müssen der Ideologie des radikalen Wirtschaftsliberalismus bessere Vorstellungen entgegensetzen und wirtschaftliche Akteure dazu überzeugen, gesellschaftsdienlich und -verträglich zu handeln. Dies kann u.a. durch internalisierte Regeln (*interne Machtkontrolle*) geschehen.

30. *Gegen die ungeheure Verführungsmacht des Geldes, welche die neuen und gefährlichen Entwicklungen motiviert und steuert, können letzten Endes nur Ideen helfen*. Ideen wirken nicht immer, sind aber manchmal mächtiger als alle anderen Kräfte, auch als Waffen und Geld, weil sie neue Handlungsmöglichkeiten aufzeigen und die externe und interne Kontrolle beeinflussen. Innovative Ideen werden (in unserer Art von Gesellschaft) meist von Minoritäten entwickelt und in langwierigen Prozessen durchgesetzt - wenn "die Zeit dafür reif" ist: das ist der "soziale Wandel durch Minoritäten" oder durch "soziale Bewegungen", wichtige Paradigmen der Sozialwissenschaften. Beispiele dafür sind z.B. die Gleichberechtigung der Frauen oder der Umweltgedanke. (Vor etwa 40 Jahren wurden Umweltschützer bestenfalls als etwas weltfremde Theoretiker angesehen und überwiegend ignoriert, sonst aber als Spinner oder Störenfriede verspottet oder sogar bestraft. Heute ist ökologisches Denken eine moralische Macht, der sogar US-Präsidenten ihre Referenz erweisen.)

31. Wir wollen den künftigen Generationen eine Gesellschaft hinterlassen, deren wirtschaftliche Bedingungen es im Prinzip allen Menschen erlauben, in Menschlichkeit und Würde zu leben. Zur Bewältigung der aktuellen Gefahren sollten vier zusammenhängende, grundlegende Ideen entwickelt, konkretisiert und verbreitet werden:

1. Markt und Wettbewerb als gesellschaftliche Konstruktionen:

Die Erkenntnis, dass diese Rahmenbedingungen wirtschaftlichen Handelns nicht etwa allgemeingültige Gesetze verkörpern, sondern gesellschaftliche Konstruktionen darstellen, die verändert, begrenzt und mit anderen gesellschaftlichen Konstruktionen, z.B. kulturellen Wert- und Zielvorstellungen in Einklang gebracht werden können.

2. Berücksichtigung gesellschaftlicher Grundbedingungen:

Die Erkenntnis, dass eine Wirtschaft, die allen dient, auf Dauer nur im Rahmen einer integrierten und handlungsfähigen Gesellschaft existieren kann.

3. Sozial verantwortliches Handeln:

Die Vorstellung, dass wirtschaftliches Handeln wenigstens gesellschaftsverträglich, besser noch gesellschaftsdienlich sein soll. (Damit sollen wirtschaftliche Ziele und Sachzwänge, soll der Wettbewerb nicht negiert, sondern in einen größeren Zusammenhang gestellt werden).

4. Bedeutung "qualitativer" Faktoren erfolgreichen Wirtschaftens:

Die Vorstellung, dass sozial verantwortliches Handeln, das nicht nur den finanziellen Gewinn anstrebt, sondern auch andere Erfolgsmomente mit einbezieht, den wirtschaftlichen Erfolg nicht gefährdet, sondern langfristig sichert.

Auf der Basis dieser Ideen können *Regeln für sozial verantwortliches Handeln in der Wirtschaft und Zielsetzungen für ordnungspolitische Massnahmen* entwickelt werden. Die ersteren können und sollen den Verantwortlichen ihre wirtschaftlichen Entscheidungen nicht abnehmen, aber die Berücksichtigung gesellschaftsdienlicher Gesichtspunkte fördern. (Derartige Regeln sind in anderen Berufsgruppen (Ärzte, Rechtsanwälte, Psychologen, Wirtschaftsprüfer und Treuhänder, Journalisten) längst etabliert und zeigen eine gewisse, wenn auch nicht vollkommene Wirkung). Die letzteren können der Politik helfen, Wege zwischen übertriebenen wirtschaftsliberalen Forderungen einerseits, und überholten sozialpolitischen Ansprüchen andererseits zu finden.

Die Beunruhigung, welche die wirtschaftliche Entwicklung in der Bevölkerung ausgelöst hat, zeigt, dass die Zeit für neue Ideen reif ist. Ihre Durchsetzung aber, bis sie als interne Kontrolle des wirtschaftlichen Handelns wirksam werden können, ist ein Vorhaben für Jahrzehnte. Die hier skizzierten Vorschläge müssen diskutiert, evtl. verändert und auf jeden Fall ergänzt und erweitert werden.

Offensichtlich erfordert die Berücksichtigung der genannten Maximen *langfristiges Denken*. Es zeigt sich zudem, dass eine *nahe Verwandtschaft mit ökologischen Forderungen* an die Wirtschaft besteht. Wer ökologisch denkt, wird wahrscheinlich auch diesen Vorstellungen zustimmen können.

IX. Wir brauchen Netzwerke von Wissenschaftlern, Wirtschaftsführern und Unternehmern, welche diese Vorstellungen anwenden und weitertragen.

32. *Grundsätzlich* ist es notwendig, die Wirtschaftswissenschaften zu einem *anderen Denken* und die Wirtschaft (sowie die Politik) zu einem *anderen Handeln* zu bewegen. Denken und Handeln müssen gesellschaftliche Folgen prinzipiell und immer unter einem ethischen Aspekt mit berücksichtigen, ohne dabei die wirtschaftlichen Gesichtspunkte zu vernachlässigen. Anfangs haben wir diese Gedanken vor allem in einem Kreis von Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlern diskutiert, sowie mit einigen Unternehmern, von denen wir wussten, dass sie unseren Bestrebungen aufgeschlossen gegenüberstanden; dann haben wir unseren Kreis erweitert. Für die Zukunft ist es wichtig, unser Netzwerk wachsen zu lassen: Unternehmer, leitende Manager und Wirtschaftsführer zu gewinnen, die ihre Erfahrungen aus der Praxis in unsere Arbeit einbringen können; weitere Wissenschaftler anzusprechen, und last not least möglichst viele Bürger und Bürgerinnen, die unsere Auffassungen teilen, mit einzubeziehen. Wenn es uns gelingt, aktive Netzwerke von Interessierten zu schaffen, werden wir eine breitere Diskussion unserer Vorstellungen in Gang setzen können. Dazu haben wir diesen Verein gegründet.

33. Zielvorstellungen:

Grundlage ist die Idee, die Sinnggebung der Wirtschaft als Beitrag zum Wohl der Gesellschaft ins Bewusstsein der Verantwortlichen zu rücken.

Als *mittelfristige Ziele* schlagen wir vor:

1. *Mittel und Massnahmen zur Unterstützung gesellschaftsdienlichen Handelns* (wie Grundsätze für Leitbilder, Sozialberichte, Ethikkodizes, Ratings und Labels) zu erarbeiten und Unternehmen bei ihrer Einführung zu unterstützen
2. *Netzwerke aus WissenschaftlerInnen und Verantwortlichen der Wirtschaft* zu etablieren, in denen diese Massnahmen diskutiert, angewendet und weiterentwickelt werden, und die weitere Personen ansprechen und zur Mitarbeit gewinnen
3. Die *Koordination von Organisationen und Gruppierungen, die unsere Zielsetzungen teilen*, zu fördern
4. Eine *Diskussion wünschenswerter ordnungspolitischer Massnahmen* in Gang zu setzen
5. *Projekte zur Lösung wichtiger wirtschaftlicher und sozialer Probleme* in die Wege zu leiten
6. Massnahmen zu ergreifen, welche *die Erziehung zum sozial verantwortlichen Handeln auf allen Stufen der wirtschaftlichen Ausbildung* fördern
7. Weitere Kreise betroffener und verantwortungsbewusster Mitglieder der Gesellschaft in die Diskussion mit einzubeziehen und zur aktiven Mitarbeit zu gewinnen.

Als *langfristiges Ziel* stellen wir uns vor, *unsere Gedanken in breiteren Kreisen der Bevölkerung zu verbreiten, damit sie normative Kraft gewinnen*. Sind Normen erst einmal als sinnvoll und wertvoll etabliert, so wirken sie auch (wenigstens teilweise), denn grundsätzlich wollen die meisten Menschen anständig sein, und die anderen wollen wenigstens nicht als unanständig auffallen. Dabei wird sich zudem zeigen, dass sozial verantwortliches Handeln nicht nachteilig ist, sondern sogar wirtschaftliche Vorteile bringen kann. Das ganze Vorhaben wird sicher Jahrzehnte dauern, kann aber prinzipiell gelingen. Am Ende (aber das ist wirklich weit vorausgedacht) könnte man sich sogar nationale und internationale Gesellschaftsordnungen vorstellen, wie sie heute von manchen Denkern gefordert werden: in denen die Solidarität der Wirtschaft mit der Gesellschaft strukturell verankert ist. Wie das aber konkret geschehen könnte, kann jetzt nicht gesagt werden.

Entscheidend ist nun, dass sich genügend Menschen finden, die ähnlich denken und sich auch dafür einsetzen wollen.

* * * * *

Unsere Anschrift:

NSW/RSE, Schläflistrasse 6, 3013 Bern. Tel.: 031 318 5570 Fax: 031 318 5572
E-Mail: buero@nsw-rse.ch; www: nsw-rse.ch; PC: 30-585000-2